



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 19
13.05.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 23 % bzw. 21 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	---

Allgemeine Lebenslage:	Bürger kritisch gegenüber Entwicklung im Land, gleichwohl hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, TTIP, Rentenpolitik
-------------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	34 (-)	33 (+1)	33 (-)
SPD	21 (-)	23 (+1)	21 (-1)
FDP	8 (-)	5 (-1)	7 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	13 (-)	13 (+1)	14 (-)
AfD	10 (+1)	13 (-1)	13 (+1)
Sonstige	5 (-1)	4 (-1)	4 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.	06.-11.05.	10.-12.05.

Die Union liegt bei forsa 13 (-), bei FG Wahlen 12 (+1) und bei Emnid 10 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	48 (-1)
Gabriel	14 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

90 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 61 % (+5) für Merkel und 6 % (+1) für Gabriel entscheiden.

36 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 40 % (+3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.05.2016)

² im Vergleich zur KW 16

Problemlösungskompetenz

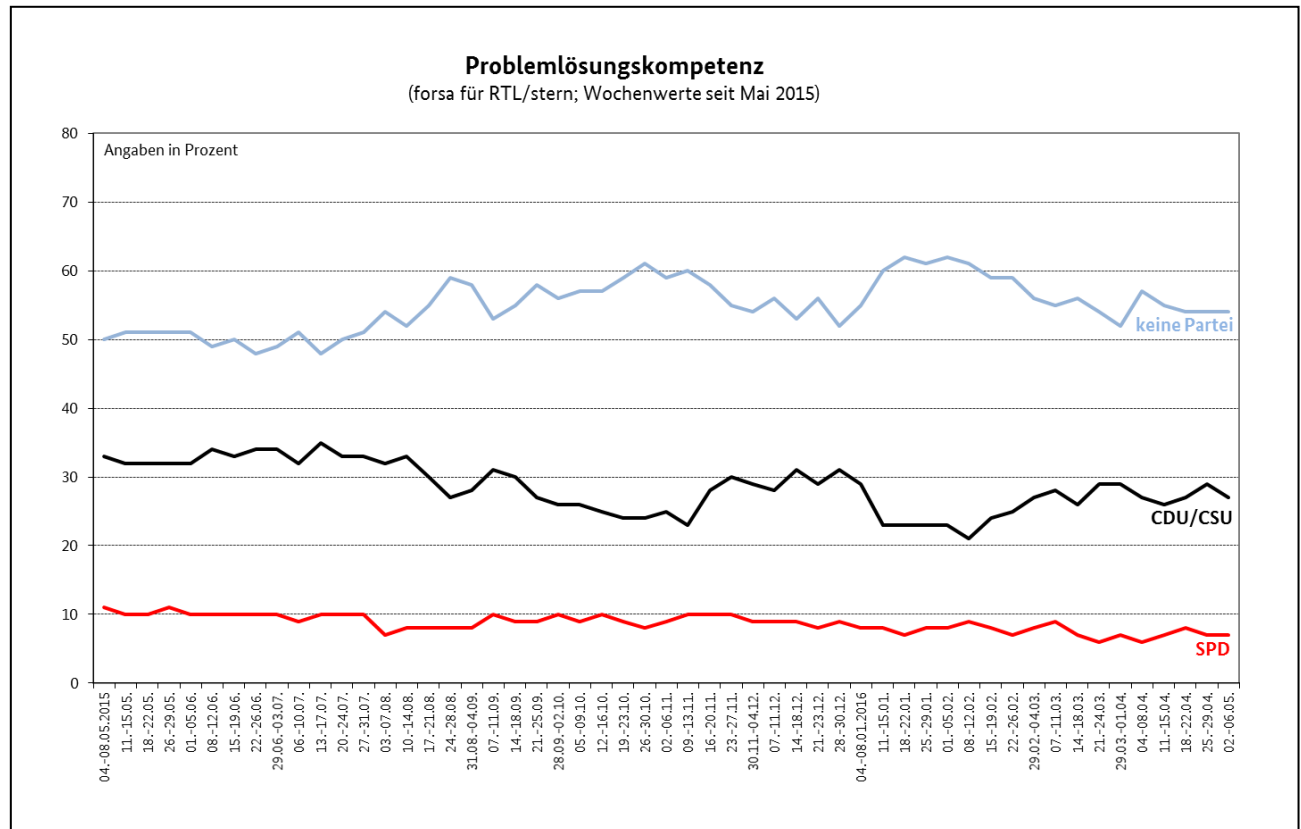
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	27 (-2)	
SPD	7 (-)	
sonstige Parteien	12 (+2)	
keine Partei	54 (-)	
Erhebungszeitraum	02.-06.05.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

68 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (+6) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Mai 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (-2)	27 (+2)	1 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	70 (+4)	26 (-4)	3 (+1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-)	34 (-2)	4 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-1)	38 (-)	4 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	57 (-2)	38 (+2)	3 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-4)	39 (+1)	5 (+1)	0 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	51 (+3)	43 (-2)	4 (-1)	1 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (-2)	43 (+2)	5 (-)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (-4)	37 (+2)	13 (+4)	2 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (-1)	44 (-)	10 (+1)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (-3)	42 (-)	9 (-1)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (-1)	50 (+4)	12 (+1)	1 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	37 (+3)	47 (-2)	12 (-)	1 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	31 (+3)	45 (-5)	18 (+1)	4 (-)
Verbraucherschutz stärken	30 (+2)	55 (+2)	13 (-2)	1 (-2)
Staatsschulden begrenzen	30 (+1)	51 (-1)	15 (+1)	3 (+1)
neue Technologien fördern	28 (-3)	50 (-2)	18 (+4)	3 (-)
für Preisstabilität sorgen	27 (-)	54 (-3)	16 (+2)	1 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (-)	52 (+1)	18 (-1)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (-)	57 (-1)	15 (+2)	2 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-10.05.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von 30- bis 39-Jährigen (85 %), Ostdeutschen (80 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (81 %) als besonders prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (76 % zu 66 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 66 %). Unter 30-Jährige (65 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 30- bis 39-Jährigen und über 50-Jährigen (jew. 75 %) sowie von Anhängern der Union (77 %) und der AfD (75 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (76 % zu 61 %). Ostdeutsche (61 %), unter 30-Jährige (62 %), 40- bis 49-Jährige (64 %) sowie Anhänger der Linkspartei (64 %) und der Grünen (65 %) sehen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Mai 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2016

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+2)	19 (-4)
neue Technologien fördern	66 (-1)	22 (-1)
für Preisstabilität sorgen	65 (-)	27 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-)	29 (-4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	61 (+5)	32 (-9)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	60 (-2)	31 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (-2)	32 (-2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-3)	33 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-)	33 (-5)
Staatsschulden begrenzen	56 (+1)	35 (-4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (-)	36 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	55 (-1)	38 (+1)
Verbraucherschutz stärken	53 (-3)	36 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (-1)	43 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+2)	44 (-6)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-2)	45 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (+2)	47 (-6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+2)	56 (-6)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (-1)	61 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+3)	61 (-7)
Erhebungszeitraum	04.-10.05.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (70 %).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

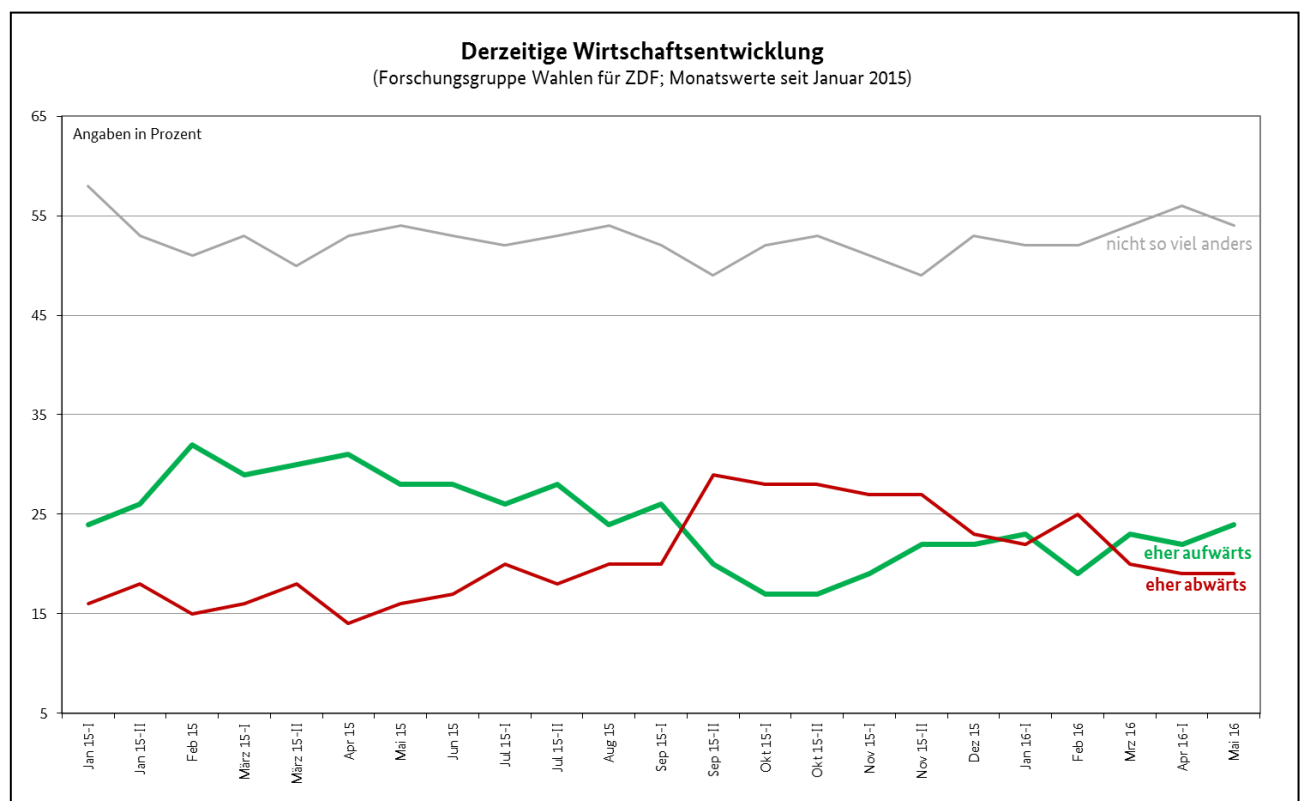
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	24	(+2)
eher abwärts	19	(-)
nicht so viel anders	54	(-2)
Erhebungszeitraum	10.-12.05.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 14 leicht verbessert.

Anhänger der Union (32 %) und der Linkspartei (31 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (30 %) und der FDP (26 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



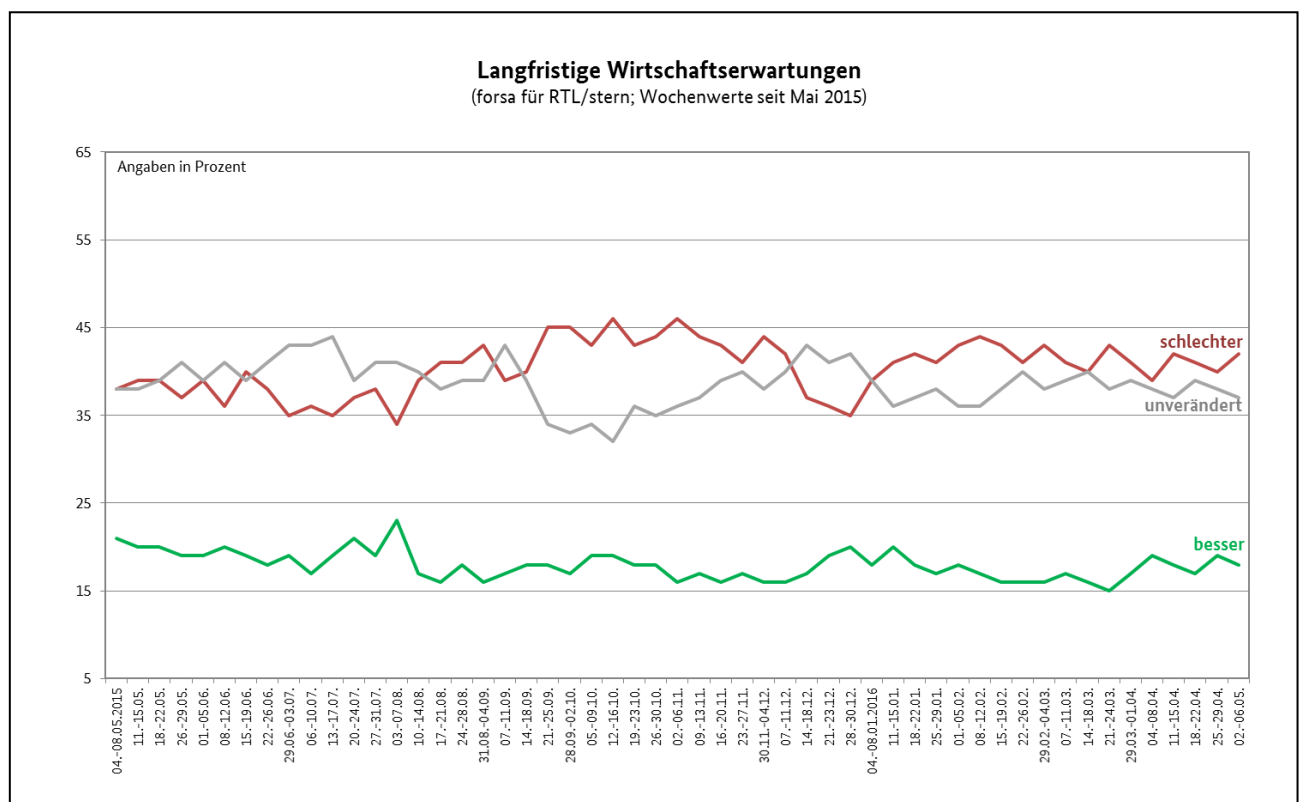
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-1)
schlechter	42	(+2)
unverändert	37	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	36 (-6)
eher in die falsche Richtung	53 (+4)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.

Anhänger der Union (54 %), der Grünen (49 %) und der SPD (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (44 % zu 27 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (42 % zu 30 %).

Für Ostdeutsche (66 %) sowie für Anhänger der AfD (91 %) und der Linkspartei (76 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (-1)	14 (+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	68 (+2)	27 (-1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	47 (+2)	49 (-2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	45 (+2)	54 (-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	38 (+1)	56 (-2)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35 (+3)	63 (-3)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	34 (+1)	59 (-3)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	30 (-)	65 (-1)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	25 (-5)	72 (+4)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige (53 %) und Anhänger der Union (55 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland. Ostdeutsche (57 %), 30- bis 44-Jährige (55 %), Gutverdiener (54 %) sowie Anhänger der Linkspartei (74 %) und der FDP (59 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Gutverdiener (51 %) sowie Anhänger der Grünen (70 %) und der Linkspartei (51 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (54 % zu 31 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (53 % zu 30 %). Ostdeutsche (63 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

45- bis 59-Jährige (81 %) sowie Anhänger der Linkspartei (89 %), der AfD (81 %) und der Grünen (79 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

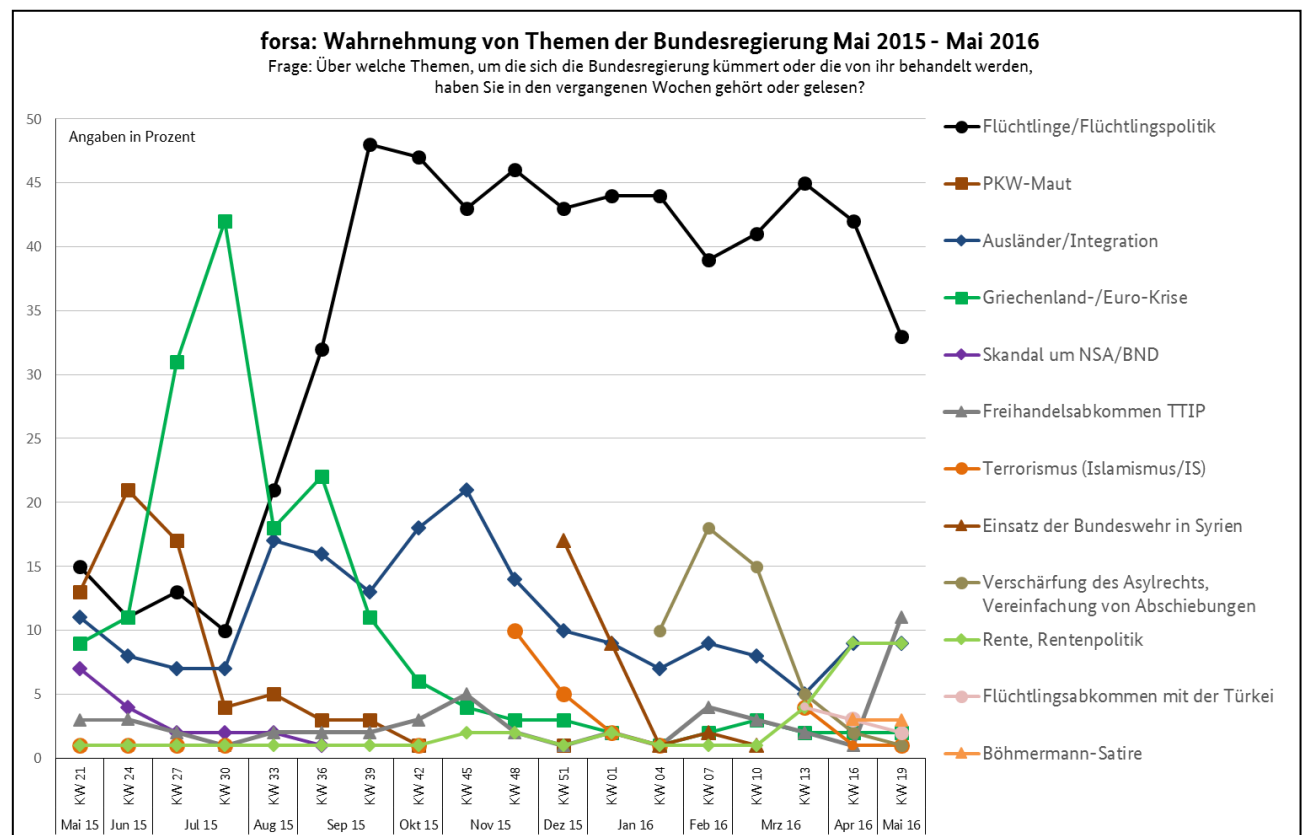
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	33 (-9)
Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP)	11 (+10)
Rente, Rentenpolitik	9 (-)
Ausländer/Integration	9 (-)
Böhmermann-Satire	3 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.05.

Die Flüchtlingspolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Linkspartei (46 %) und der Grünen (39 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen dieses Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (37 % zu 23 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (40 % zu 27 %). Ostdeutsche (28 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit der Flüchtlingspolitik.

Das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) wird besonders häufig von Anhängern der Grünen (20 %) genannt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	46 (+6)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	10 (+2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6 (-1)
Verhandlungen mit der Türkei, Verhalten der türkischen Regierung	6 (+5)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP	5 (-12)
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	5 (+5)
Erhebungszeitraum	09.-10.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (58 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (53 % zu 40 %). Ostdeutsche (39 %) und unter 35-Jährige (40 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Ostdeutsche (15 %) sowie Anhänger der Union (16 %) und der AfD (15 %) nennen das Thema "Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" überdurchschnittlich häufig.

